

Atomstrom per Auktion

Koalition erwägt Versteigerung von längeren Laufzeiten
für Kraftwerke · Studie schätzt Wert auf 56 Mrd. Euro

VON NIKOLAI FICHTNER, BERLIN

In der schwarz-gelben Koalition gibt es Überlegungen, Kernkraftwerksbetreibern längere Laufzeiten nicht zuzuteilen, sondern sie zu versteigern. Vorbild ist die Auktion von UMTS-Mobilfunklizenzen, die dem Staat im Jahr 2000 mehr als 50 Mrd. Euro einbrachte. Die Regierung würde nach diesem Modell zusätzliche Laufzeiten in Strommengen umrechnen, die die Betreiber dann in kleinen Portionen ersteigern müssten. „Das ist ein interessanter Vorschlag, der eine ernsthafte Prüfung verdient“, sagte Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) der FTD.

Damit liegt eine marktwirtschaftliche Lösung für die Abschöpfung der Zusatzgewinne aus längeren Atomlaufzeiten auf dem Tisch. Ein intransparenter Deal, bei dem Regierung und Betreiber Geld gegen Laufzeiten tauschen, würde so vermieden. Umweltminister Röttgen hatte schon früh vor dem Verdacht einer „Deal-Politik“ gewarnt. Aus der Atomwirtschaft hieß es, die Idee gehe in die falsche Richtung, weil die Kosten der Laufzeitverlängerung so schwerer zu berechnen seien. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) schätzt den Wert einer Laufzeitverlängerung von acht Jahren für alle deutschen Atomkraftwerke auf 56 Mrd. Euro.

Bereits beim Atomausstieg im Jahr 2000 hatte die Regierung den Kraftwerken Reststrommengen zugeteilt. Die Betreiber mussten dafür nichts bezahlen. Bei einer Auktion müssten sie dagegen Lizenzen für jede zusätzliche Terawattstunde ersteigern.

Der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Thomas Bareiß (CDU), sagte der FTD: „Ich kann mir eine Auktionierung gut vorstellen. Alles, was wir sonst machen würden, wäre ein Deal und damit angreifbar.“ Auch energiepolitisch wäre eine Auktion effizienter, sagte Bareiß. „Die Reststrommengen landen mit der Versteigerung dort, wo sie am meisten gebraucht werden.“ So dürften sich süddeutsche Kraftwerksbetreiber den Extrastrom mehr kosten lassen als die im Norden, die den dort üppig vorhandenen Windstrom vorrangig ins Netz einspeisen müssen.

Auch der Energiekoordinator der FDP-Fraktion Horst Meierhofer äußerte „große Sympathien“ für eine Auktion. „Das ist eine gute Idee, weil sie eine wettbewerbliche Lösung ermöglicht.“ Der Vorteil sei, dass nicht Politiker entschieden, wie viel längere Laufzeiten für welches Kraftwerk wert seien. „Es weiß doch keiner von uns, wie viel Gewinn ein Atomkraftwerk pro Tag bringt“, sagte Meierhofer der FTD.

In einer Studie von März argumentieren die Forscher vom RWI mit der

„Informationsasymmetrie“ zwischen Politik und Wirtschaft. Allein Kraftwerksbetreiber wüssten, was Laufzeitverlängerung „aus betrieblicher Sicht wirklich wert wäre“. Einer Einigung auf dem Verhandlungsweg sei der „schale Beischnack von Kungelei und Vettewirtschaft“ daher kaum zu nehmen.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelch kritisierte, dass es bei einer Auktion kein Enddatum für den Ausstieg gebe. Zudem sei fraglich, ob man spezielle Sicherheitsauflagen verhängen könne, wenn Betreiber vorher für ihr Betriebserlaubnis bezahlt hätten.

Angebot und Nachfrage

Reststrommenge Mit dem Atomkonsens legte die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 fest, wie viel Strom jedes einzelne Kernkraftwerk noch erzeugen darf. Für alle Meiler zusammen betrug die Reststrommenge ab dem 1. Januar 2000 rund 2500 Terawattstunden (TWh). Davon sind noch rund 1000 TWh übrig.

Auktion Bei einer Laufzeitverlängerung von acht Jahren ergibt sich laut RWI ein Versteigerungsumfang von 1120 TWh. Nach derzeitigem Börsenpreis wäre diese Menge 56 Mrd. Euro wert. Das RWI geht davon aus, dass die Betreiber „mitbieten werden, bis es sich für sie aus einem betrieblichen Kalkül nicht mehr lohnt“.